



nachfolgend **Stadt** genannt

und

Name _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon, E-Mail _____

nachfolgend **Eigentümer** genannt schließen folgenden

Hausanschlussvertrag

Mit diesem Vertrag erteilt der Eigentümer sein Einverständnis für die entgeltpflichtige Herstellung und Anbindung eines Hausanschlusses an das Glasfasernetz der Stadt Lichtenau. Die Stadt beabsichtigt, das nachfolgend näher bezeichnete Grundstück und Gebäude an ihr modernes und hochleistungsfähiges Glasfasernetz anzubinden.

Der Grundstückseigentümer gestattet der Stadt die Mitbenutzung des Grundstücks/der Grundstücke

_____	_____	_____
PLZ, Ort	Straße	Hausnummer (inkl. Zusatz)
_____	_____	_____
Flur/Flurstück/Gemarkung	Anzahl Gebäude	Anzahl Wohneinheiten

und der darauf befindlichen Gebäude samt etwaiger bereits vorhandener Leerrohrkapazitäten/Versorgungsschächte zur Errichtung, Änderung, zum Betrieb und zur Unterhaltung eines im Eigentum der Stadt verbleibenden Glasfasernetzes einschließlich der Zuführung zum öffentlichen Telekommunikationsnetz.

Der Eigentümer ist damit einverstanden, dass die Stadt auf seinem Grundstück sowie an und in den darauf befindlichen Gebäuden Vorrichtungen anbringt, die erforderlich sind, um Zugänge zu dem öffentlichen Telekommunikationsnetz auf dem betreffenden oder einem benachbarten Grundstück und in den darauf befindlichen Gebäuden einzurichten, zu prüfen und instand zu halten. Dieses Recht erstreckt sich auch auf vorinstallierte Hausverkabelungen. Die Inanspruchnahme des Grundstücks darf nur in zumutbarem Umfang erfolgen. Die hierfür erforderlichen Rechte werden der Stadt bzw. den von ihr beauftragen Dritten eingeräumt. Die Vornahme entsprechender Arbeiten wird vorab mit dem Eigentümer abgestimmt. Die Leitungsführung wird nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten vor Ausführung der Bauarbeiten in Abstimmung mit dem Eigentümer von der Stadt festgelegt. Die Stadt ist befugt, die für sie wirtschaftlichste Leitungsführung zu wählen, soweit der Eigentümer hierdurch nicht unzumutbar belastet wird. Ebenso legt die Stadt im Einvernehmen mit dem Eigentümer die technisch geeignete Stelle fest, an der der Hausübergabepunkt erstellt wird.

Liegt der Hausübergabepunkt von der Hauseinführung entfernt, hat der Eigentümer den daraus entstehenden Mehraufwand zu tragen.

Die Regelung der Versorgung mit Breitbanddiensten ist nicht Vertragsgegenstand.

Die Breitbandversorgung erfolgt durch Dritte und wird in einem gesonderten Vertrag mit diesen geregelt.

1. Hausanschluss und Hausübergabepunkt

Der Eigentümer beauftragt die Stadt mit der Errichtung eines Hausanschlusses an das von der Stadt geplante Glasfasernetz. Der Hausübergabepunkt ist die Schnittstelle zwischen dem Glasfasernetz der Stadt und dem Hausverteilnetz; Hausübergabepunkt bei Einfamilienhäusern ist eine Netzabschlussdose, bei Mehrfamilienhäusern und ggf. auch bei gewerblichen Objekten die Spleißbox.

Die hierfür zu verlegenden Kommunikationsleitungen sind gemäß § 95 BGB nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden verbunden. Eigentümerin der Kommunikationsleitungen nebst Kabelnetzteilen bis einschließlich dem Hausübergabepunkt ist die Stadt.

Jeder Wohn- oder Gewerbeeinheit stellt die Stadt einen Zugang von mindestens einer Glasfaser zur Verfügung. Werden, z. B. wegen zukünftiger Umbaumaßnahmen, mehr Fasern benötigt, muss dies schriftlich beantragt werden. Spätere Erweiterungen einer Anlage aufgrund von weiteren WE oder aus sonstigen Gründen werden nach Aufwand abgerechnet.

Der Eigentümer trägt dafür Sorge, dass der Hausübergabepunkt zugänglich ist und nicht beschädigt wird. Die Vornahme von Veränderungen des Hausanschlusses und/oder der verlegten Kommunikationsleitungen ist dem Eigentümer untersagt.

Der Eigentümer verpflichtet sich, die erforderliche elektrische Energie für die Installation, den Betrieb, die Instand- und Unterhaltung des Hausanschlusses sowie des Hausübergabepunktes auf eigene Kosten bereitzustellen.

Der Hausanschluss wird ausschließlich durch die Stadt oder deren Beauftragte hergestellt, unterhalten, erneuert, abgetrennt und beseitigt. Die Hausanschlüsse müssen zugänglich und vor Beschädigungen geschützt sein. Der Kunde hat die baulichen Voraussetzungen für die sichere Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Er darf keine Einwirkungen auf den Hausanschluss vornehmen oder vornehmen lassen.

Die Stadt verpflichtet sich, das Grundstück des Eigentümers und die darauf befindlichen Gebäude, und Anlagen wieder ordnungsgemäß instand zu setzen, soweit diese durch die Stadt bei Arbeiten zur Errichtung, Instandhaltung, Unterhaltung, Erneuerung oder Erweiterung von Zugängen zu den Kommunikationsleitungen nebst Kabelnetzteilen infolge der Inanspruchnahme beschädigt worden sind.

Die Wiederherstellung von Garten- und Pflanzflächen übernimmt der Grundstückseigentümer.

Sollte eine Verlegung des Hausanschlusses aus vom Grundstückseigentümer veranlassten Gründen notwendig sein, hat dieser die Kosten der Verlegung zu tragen.

Die Verlegung von Leitungen (Hausverteilnetz) nach dem Hausübergabepunkt ist alleinige Sache des Eigentümers.

Der Eigentümer selbst ist zur Vornahme von Änderungen am Hausübergabepunkt nicht berechtigt. Nimmt der Eigentümer dennoch Änderungen an dem Hausübergabepunkt selbst vor und entstehen der Stadt dadurch Schäden für Reparaturen an den Kommunikationsleitungen etc., sind diese von dem Eigentümer in voller Höhe zu erstatten.

Die Stadt überlässt den Hausübergabepunkt dem Eigentümer nicht zur alleinigen Nutzung, sondern ggf. zur gemeinschaftlichen Nutzung mit anderen Nutzern (z. B. bei Eigentümergemeinschaften) und mit zukünftigen Interessenten (z.B. Mietern), die im Versorgungsbereich des betreffenden Hausübergabepunktes die möglichen Netzdienstleistungen in Anspruch nehmen können. Die durch die gemeinschaftliche Nutzung anfallenden Kosten sind innerhalb der Nutzergemeinschaft angemessen auszugleichen.

2. Rückbau / Eigentumswechsel

Die Stadt ist zum Rückbau der Kabelanlage oder Erstattung der Kosten eines Rückbaus auch im Falle der Kündigung oder anderweitigen Beendigung dieses Vertrages nicht verpflichtet. Für den Fall des Eigentümerwechsels gilt § 45a Abs. 4 TKG.

3. Zugang

Der Eigentümer ist dazu verpflichtet, der Stadt und ihren Beauftragten den Zutritt zum Hausanschluss und der Hausverteilungsanlage in seinen Räumen bzw. auf seinem Grundstück während der üblichen Tages-/Geschäftszeiten nach vorheriger Anmeldung der Stadt zu gestatten, soweit dies für die Wahrnehmung der Rechte nach diesem Vertrag und zur Prüfung der Einrichtungen der Stadt erforderlich ist.

4. Rücktrittsrecht und Kündigung

Der Stadt steht das Recht zu, aus sachlichem Grund durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Eigentümer von diesem Vertrag jederzeit zurückzutreten oder diesem wahlweise zu kündigen. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere dann vor, wenn die Gesamtfinanzierung des Projektes nicht mehr gesichert ist, die Anschlussleitungen nicht gebaut werden, oder wenn die nach diesem Vertrag vereinbarten Anschlusskosten aufgrund der konkreten Gegebenheiten vor Ort nicht auskömmlich und wirtschaftlich sind.

Der Grundstückseigentümer kann bis zwei Wochen nach Ankündigung der bevorstehenden Baumaßnahmen durch die Stadt zurücktreten.

5. Anschlusskosten

Die nachfolgenden Konditionen gelten bei einer Ausführung des Hausanschlusses im Zuge der Breitband-Erschließungsarbeiten vor dem betroffenen Grundstück durch die Stadt.

Die Anschlusskosten betragen Pauschal pro Anschluss: 750,00 €

Darin sind inklusive:

- Einrichtung eines Abzweiges für den Hausanschluss
- Bereitstellung der Anschlussstrasse bis zur Grenze des Grundstücks
- Tiefbauarbeiten bis zu einer Länge von 15 m (ab Grundstücksgrenze)
- Gebäudeeinführung, Bohrung und Abdichtung
- Bereitstellung Anschlusstechnik im Technikstandort (POP)
- Kosten für Abschlussbox / Spleißbox (Hausübergabepunkt)
(bei Einfamilienhäusern wird eine Netzabschlussdose, bei Mehrfamilienhäusern eine Spleißbox benötigt)
- Bereitstellung Glasfaserkabel
- Einblasen Glasfaserkabel
- Messung und Übergabe des Anschlusses

Wenn die Grabarbeiten selbst vorgenommen werden oder bei einem vorhandenen nutzbaren Leerrohr wird ein Kostenabschlag von 30 € je m vorgenommen.

Individuelle Zusatzleistungen, die mit diesem Hausanschlussvertrag beauftragt werden:

- Kostenersatz für Tiefbauarbeiten auf dem Privatgrund ab dem
15. Meter Grabenlänge: 95,00 € je m
- Sonstige Bodenhindernisse (z. B. Bäume, Terrassen etc.) nach tatsächlichem Aufwand
- Ab einer Anschlusslänge von 50 m werden individuelle Regelungen getroffen.

Im Fall des Erstausbaus eines Versorgungsgebietes werden Eigenleistungen bei Tiefbauarbeiten von Gräben mit min. 0,60 m Tiefe und min. 0,30 m Breite sowie für private Leerrohrnutzung ein Rabatt von 450,00 Euro pauschal erstattet. In diesen Fällen kostet der Hausanschluss pauschal 300,00 Euro.

Zu den vorbenannten Preisen kommt die jeweils gültige Mehrwertsteuer, derzeit 19%, hinzu.

Der Anspruch auf Erstattung der Anschlusskosten wird mit Bereitstellung fällig.

Abweichender Rechnungsempfänger

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Kontakt: _____

Ansprechpartner für die bauliche Umsetzung

Name, Vorname: _____

Tel. Nr.: _____

Mail-Adresse: _____

6. Haftung

Für Schadenersatzansprüche wegen des Fehlens zugesicherter Eigenschaften haftet die Stadt nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Ein Mangelfolgeschaden wird jedoch nur ersetzt, soweit die zugesicherte Eigenschaft das Risiko des Folgeschadens erfasst und der Schaden auf dem Fehlen der Eigenschaft beruht.

Für Vermögensschäden haftet die Stadt, wenn der Schaden von der Stadt, ihren gesetzlichen Vertretern, Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden ist.

Die Stadt haftet darüber hinaus bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Anschlussnehmer regelmäßig vertraut und vertrauen darf („Kardinalpflichten“) oder der Verletzung übernommener Garantiepflichten, in

diesen Fällen allerdings begrenzt auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden, höchstens jedoch mit einem Betrag von 12.500 Euro.

Darüber hinaus ist die Haftung der Stadt, ihrer gesetzlichen Vertreter, Mitarbeiter oder Erfüllungsgehilfen für fahrlässig verursachte Vermögensschäden, die sich nicht als Folge eines Personen -oder Sachschadens darstellen, auf 12.500 Euro je geschädigtem Eigentümer beschränkt. Sofern die Stadt aufgrund einer einheitlichen fahrlässigen Handlung oder eines einheitlichen fahrlässig verursachten Ereignisses gegenüber mehreren Eigentümern haftet, so ist die Schadenersatzpflicht in der Summe auf insgesamt höchstens 500.000 Euro begrenzt. Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren aufgrund desselben Ereignisses zu leisten sind die Höchstgrenze, so wird der Schadenersatz in dem Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadenersatzansprüche zur Höchstgrenze steht. Die gesetzlichen Ansprüche auf den Ersatz eines Verzugsschadens bleiben von diesen Beschränkungen unberührt.

Für die Wiederbeschaffung von Daten haftet die Stadt nur, wenn sie deren Vernichtung vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht und der Eigentümer sichergestellt hat, dass diese Daten aus Datenmaterial, das in maschinenlesbarer Form bereitgestellt wird, mit vertretbarem Aufwand rekonstruiert werden können.

7. Widerrufsrecht

(1) Widerrufsrecht

Der Eigentümer hat das Recht, diesen Vertrag binnen 14 Tage ohne Angaben von Gründen zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab Vertragsabschluss. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie die **Stadt Lichtenau, Hauptstraße 15, 77839 Lichtenau, Telefon: 07227 / 9577-30, Telefax: 07227 / 9577-95, E-Mail-Adresse: a.ludwig@lichtenau-baden.de**, mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Der Widerruf ist nicht an eine bestimmte Form gebunden.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es auch, dass der Eigentümer die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absendet.

(2) Folgen des Widerrufs

Wird der Vertrag widerrufen, hat die Stadt die Zahlungen, die sie bereits vom Eigentümer erhalten hat unverzüglich, spätestens 14 Tage ab dem Tag, zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über den Widerruf des Vertrages bei der Stadt eingegangen ist. Für die Rückzahlung wird dasselbe Zahlungsmittel verwendet, welches bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt wurde, es sei denn, es wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart. In keinem Fall werden wegen einer Rückzahlung Entgelte berechnet.

8. Salvatorische Klausel

Sofern einzelne Bedingungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sind, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich in diesem Fall, anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung eine Regelung zu treffen, die dem gewollten Zweck der

unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, sofern der Vertrag eine Regelungslücke enthält.

Datenschutzerklärung:

Die Stadt verarbeitet und nutzt die vom Eigentümer im Rahmen des Vertragsanschlusses erhobenen personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zwecke der Datensicherung, zur Leistungserbringung oder Abrechnung (Verkehrsdaten), soweit dies zur Vertragsabwicklung (Bestandsdaten) erforderlich ist. Zu diesen Daten gehören Name und Anschrift. Eine Verarbeitung und Nutzung der Daten über die hier genannten Zwecke hinaus erfolgt nicht. Die Daten werden für die Dauer des Hausanschlusses gespeichert. Die Löschung der Daten erfolgt erst mit einem evtl. Rückbau des Anschlusses.

Der Eigentümer (Anschlussnehmer) ist damit einverstanden, dass die Stadt seinen Namen und Adressdaten (Adresse, Email-Adresse, Telefon-, Faxnummer) zum Zweck der nachfolgenden Einholung von Endkundenverträgen an Dienstanbieter weitergibt, die Telekommunikationsdienstleistungen über das Glasfasernetz der Stadt anbieten. Eine Übermittlung der Daten an Dritte zu anderen Zwecken ist der Stadt nicht gestattet. Das Einverständnis kann jederzeit schriftlich gegenüber der Stadt widerrufen werden (siehe auch beiliegender Anhang zum Hausanschlussvertrag).

77839 Lichtenau, den _____

Eigentümer

Stadt Lichtenau

Anhang zum Hausanschlussvertrag –

Betroffenenrechte gemäß DSGVO vom 24.05.2016

a) Auskunftsrecht

Sie haben das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Senden Sie hierfür bitte einfach eine eMail an datenschutz@lichtenau-baden.de

b) Berichtigung/Löschung/Einschränkung der Verarbeitung

Des Weiteren haben Sie das Recht, von uns zu verlangen, dass

- Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt werden (Recht auf Berichtigung);
- Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden (Recht auf Löschung) und
- die Verarbeitung eingeschränkt wird (Recht auf Einschränken der Verarbeitung).

Senden Sie hierfür bitte einfach eine eMail an datenschutz@lichtenau-baden.de

c) Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, Sie betreffende personenbezogene Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln.

Senden Sie hierfür bitte einfach eine eMail an datenschutz@lichtenau-baden.de

d) Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Senden Sie hierfür bitte einfach eine eMail an datenschutz@lichtenau-baden.de

e) Widerspruchsrecht

Ist die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DSGVO) oder zur Wahrung unserer berechtigten Interessen (Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO) erforderlich, steht Ihnen ein Widerspruchsrecht zu.

Senden Sie hierfür bitte einfach eine eMail an datenschutz@lichtenau-baden.de

f) Beschwerderecht

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.